

Rede zu Sparkassen (Plenarsitzung vom 05.06.2008)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Gäste! Es ist vielleicht ein ein bisschen langweiliges Thema, aber es ist für die hier als Besucher Anwesenden trotzdem interessant. Denn es geht um die Sparkassen. Und wenn demnächst Ihre Girokonten teurer werden, dann müssen Sie sich nicht wundern. Auch das ist eine Auswirkung dessen, was hier im Landtag möglicherweise in Kürze beschlossen wird.

Dass Kurt Beck es nicht besser macht, wissen wir von der Linken.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Der ist so dumm! – Heiterkeit von CDU und FDP)

– Herr Linssen, dass Sie als Minister mich als doof bezeichnen, finde ich ziemlich unerhört;

(Rudolf Henke [CDU]: Nicht Sie, sondern den Spruch! – Dr. Stefan Romberg [FDP]: Doofer Spruch!)

das muss ich so deutlich sagen.

(Rudolf Henke [CDU]: Doofer Spruch!)

Ich weiß nicht, was das Präsidium dazu sagt, aber das werden wir im Weiteren sicherlich noch hören.

Dass Kurt Beck es nicht besser macht, kann man als Linke voraussetzen. Von daher überrascht es uns natürlich nicht, dass sich die Landesregierung jetzt auf den SPD-Vorsitzenden beruft. Aber Ihre neoliberale Politik, die Sie hier machen, ist noch viel schlimmer als das, was in Rheinland-Pfalz läuft.

Herr Linssen, ich kann Ihnen nur sagen: Sie sind ein Getriebener der FDP. Denn die neoliberalen Hardliner der FDP wollen natürlich endlich die Privatisierung im Sparkassensektor erreichen.

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf ist natürlich das Einfallstor zur Privatisierung der Sparkassen. Denn das neue Sparkassengesetz ist weder für die Sanierung der WestLB noch aufgrund der Änderung der Rahmenbedingungen für die öffentlichen Kreditinstitute erforderlich. Der Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, mit dem Sie, Herr Minister Linssen, jetzt argumentieren, ist schon längst berücksichtigt. In Wahrheit geht es der Landesregierung darum, weitere Voraussetzungen für eine Zerschlagung des Sparkassensektors in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Das ist es, worum es bei diesem Gesetzentwurf geht.

Durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausweisung von Trägerkapital in den kommunalen Bilanzen steigt die Gefahr, dass finanzschwache Gemeinden in Notlagen zum Verkauf ihrer Sparkassenanteile gezwungen werden, um ihre Haushalte auszugleichen. Wir wissen, wie es in den Haushalten der Kommunen aussieht. Dann könnten private Investoren Zugriff auf die Sparkassen bekommen, auch wenn eine Übertragung des Trägerkapitals im Gesetzentwurf

erst einmal ausgeschlossen ist. Das Land öffnet damit die Tür zu einer möglichen Privatisierung.

Widerstand ist angesagt bei der im Gesetzentwurf fixierten Möglichkeit zu vertikalen Fusionen zwischen Sparkassen und WestLB. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband oder die Sparkassenzentralbank sollen die Möglichkeit erhalten, die Trägerschaft an einer Sparkasse auf Zeit zu übernehmen. Das ist die Keimzelle für eine umfassende Vertikalisierung von Sparkassen und WestLB mit verheerenden Folgen für die Sparkassen und die mittelständische Wirtschaft.

(Christian Weisbrich [CDU]: Quatsch!)

Die Vertikalisierung würde die Sparkassen zu Filialen eines Sparkassenkonzerns machen, wodurch die Selbstständigkeit der Institute bedroht und eine Stärkung der Sparkassen infrage gestellt würde.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Ich sage abschließend: Die Linke ist für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und einer Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Bestrebungen der Landesregierung, die Sparkassen für private Investoren zu öffnen, lehnen wir ab.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr fraktionsloser Abgeordneter Sagel. – Als Nächster hat Herr Kollege Körfges für die SPD das Wort.